

12. Delegiertenversammlung der Legislaturperiode 00/03  
Donnerstag den 12.12.2002

## Antrag

Antragsteller: Ortsfrauenausschuß der Vst Coburg

Thema: Hartz-Vorschläge

Die Delegiertenversammlung möge beschließen:  
zur Weiterleitung an den IGM-Vorstand.

Der OFA Coburg hat über die "Hartz-Pläne" diskutiert und fordert die Zurückweisung sowie die Bekämpfung mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln

Diese Hartz-Gesetze und ihre Umsetzung stellen einen enormen Angriff auf unsere erkämpften und errungenen Arbeitnehmerrechte, auf Tarifverträge und somit auch auf die Gewerkschaft dar.

Die Regierung lebt in einem wahren Gesetzesrausch und hofft, dass sich die Gewerkschaften alles gefallen lassen.

Das wollen und können wir uns nicht leisten!

### Begründung:

Die Hartz-Pläne wurden entwickelt um die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen (beschleunigte Arbeitsvermittlung, Ausweitung von Leiharbeit, Mini-Jobs und Selbstständigkeit).

Durch diese Ausweitung von Leiharbeit, Legalisierung der Scheinselbstständigkeit, werden jedoch tarifliche Normalarbeitsplätze vernichtet aber keine neuen geschaffen.

Es wird ein Konzept vorgeschlagen, das sich in seinen Kernpunkten gegen Beschäftigte und Arbeitslose wendet. Lohnabhängige sollen durch finanziell schlechtere Stellung in den verschiedenen Bereichen bestraft werden, während für Unternehmer finanzielle Anreize verschiedenster Art vorgesehen sind. Die Staatliche Förderung des Niedriglohnbereiches, der Abbau von Lohnersatzleistungen und die Zumutbarkeitsregelung sind ein massiver Angriff auf die Tarifverträge. Sie führen automatisch zur Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen.